

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)
Fernsprecher: Amt Cuhoro Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postreueausgabe Nr. 3164

Die Städte und die Ernährung der Bevölkerung.

Von Dr. Hugo Lindemann.

Die allgemeine Preissteigerung sämtlicher Lebensmittel wächst sich allmählich zu einem wahren Skandal aus. Gewiß wirkt die Blockade Englands und die damit verbundene Absperrung der Zentralmächte vom Weltmarkt gewaltig vertenernd auf einen erheblichen Teil der notwendigen Produkte. Darüber hinaus hat aber die Wucherpreispolitik der Produzenten (Landwirtschaft und des Handels) so Ungehöriges auf dem Arbeitsfeld in diesen Dingen, daß hier mit Recht das Wort von den „Inlandslosten Geisellen“, die nur ihrem Profit nachgehen, gemißt worden ist. Aber auch die staatlichen und kommunalen Behörden sind nicht unbeschuldig, indem sie die Auswanderung der Bevölkerung entweder nur völlig unzureichenden Mitteln entgegenzusetzen oder ganz unzulässig gegenübersehen. Für das unsere Leser besonders nachfolgende: Geht bei der Stadtverwaltung bringt Dr. Hugo Lindemann im 1. Jahrgang der „Städte“ (Beilage für Sozialpolitik, 6. u. 8. H. München, Preis pro Nummer 25 Pf., den hängigen Preise in einer materialreichen Abhandlung, die wir der Aufmerksamkeit der Leserschaft unserer Leser unterbreiten.

Die Notation.

Als der Vorstand des Deutschen Städtebundes in seiner Eingabe an den Reichstanzler vom Oktober 1912 erklärte, daß es nicht die Aufgabe der deutschen Städte sein könne, in die Preisgestaltung der Lebensmittel dauernd einzugreifen — eine Erklärung, der sich später der Reichsverband deutscher Städte in einer Eingabe an den Reichstanzler anschloß, — sah er nicht voraus, welche bedenkliche Folge diese Stellungnahme der deutschen Städte in kommenden Zeiten großer Notstände, wie sie z. B. ein Krieg selbst geringeren Umfangs als der von heute mit sich bringt, unter allen Umständen für die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung werden haben müssen. Zu einem vorübergehenden Eingreifen erklärten sich die deutschen Städte und ihre Organisationen damals bereit. Es würde ihnen in jenen Zeitenmassen auch wenig genügt haben, wenn sie nicht dazu bereit gewesen wären. Dem starken Druck der Regierung und vor allem dem ungestümen Lärmen ihrer Bevölkerung hätten sie nicht widerstehen können. Und so haben denn in den Zeitenmassen, die in die Zeit kurz vor dem Kriege fielen, die deutschen Städte, einige von ihnen in recht umfangreicher und anerkanntenswerter Weise, den Notstand direkt durch Eingriffe in die Lebensmittelversorgung zu bekämpfen gesucht. Es handelte sich damals um die Versorgung mit Mehl und Reis, Kartoffeln und Gemüse. Die Erfolge dieser für die meisten Städte ganz neuen Tätigkeit lagen in zwei Richtungen: Herabschaffen von Vorräten und Herabsetzung der Preise, und waren in beiden sehr befriedigend, wenn auch von Stadt zu Stadt je nach dem organisatorischen Geistes ihrer Verwaltungen, je nach ihrer Energie und ihrem guten Willen, recht verschieden. Die grundsätzliche Ablehnung dauernden organisierten Eingreifens in die Lebensmittelversorgung — und nur durch diese kann die Preisgestaltung beeinflusst werden — mußte aber dazu führen, daß überall die für die Notjahre

getroffenen Einrichtungen mit ganz wenig Ausnahmen nach Mitternacht normaler Jahre wieder eingingen. Es ist die gleiche Haltung der Städte, wie bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In Krisenzeiten müssen sie, ob sie wollen oder nicht, für die arbeitssuchenden Einwohner Notstandsarbeiten einrichten. Die improvisierten Einrichtungen für die man in ruhigen Zeiten nicht gefordert hat, werden für die regelmäßige Wiederkehr von Krisen nachgerade, — man bekannnt sein möchte, werden dann teuer und unzulässig durchgeführt und leisten niemals das, was sie leisten könnten, weder für die Arbeitslosen noch für die Städte selbst. So wenig man Notstandsarbeiten improvisieren kann, so wenig und noch viel weniger kann man das bei der Lebensmittelversorgung tun.

Die Stellung der deutschen Städte war falsch, doch haben nur wenige weitläufige Leiter von Stadtverwaltungen ihre Unrichtigkeit eingesehen und die Notwendigkeit anerkannt, die Lebensmittelversorgung ihrer Gemeinden unter kommunaler Leitung dauernd zu organisieren. Dabei wende an dem anderen Pole unter den Produzenten von Jahr zu Jahr mehr eine zielbewußte Organisation heran, die sich die doppelte Aufgabe: Ausbaltung des Zwischenhandels und Steigerung der Preise setzte. Ihr gegenüber erwies sich der unorganisierte serpillierte städtische Handel als widerstandsunfähig. Es genügt auf die Milchversorgung als Beispiel und Beweis hinzuweisen. Schon diese Gefahr einer auf rücksichtslose Preissteigerung des Produktes ausgehenden garantierten Organisation für die städtische Lebensmittelversorgung hätte die Stadtverwaltungen zur Einsicht in die Unhaltbarkeit ihrer Stellung bringen müssen. An Warnungen hat es in der Literatur und Presse, namentlich auch in der sozialdemokratischen, nicht gefehlt.

Wie falsch aber die Stellung der Städte war, das hat aufs schlagendste erst der Krieg und seine Notzeit demonstriert. Sie haben den Städten vom ersten Tage ihrer Dauer an die Aufgabe aufgezwungen, die sie seinerzeit abgewiesen haben: ob gern oder ungern, die Lebensmittelversorgung ihrer Einwohner ist ein, man könnte sagen das Hauptstück kommunaler Kriegstätigkeit geworden, an der sie ihre Verwaltungskunst zu erweisen haben. Und die Aufgaben sind im Laufe des Krieges immer größer geworden. Schon während der Mobilmachung mußten die Gemeinden eingreifen um die Lebensmittelversorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen. Sie haben zu diesem Zweck vor allem große Anläufe in Getreide und Weizen, zum Teil auch Vieh und Gänse, und nur in den Krieg der Waren zu gelangen, dabei oft übermäßige Preise bezahlt und so fast zur Erhaltung des normalen Preisniveaus zu keiner Notwendigkeit beigetragen. Dieses erste Eingreifen der Mehrzahl der Stadtgemeinden bestand also in einer recht planlos ausgeführten Reihe von Notkäufen, die anfänglich oft zu Verlust, dann mit dem allge-

meinen Steigen der Preise auch zu Gewinnen führten, wenn sich die Gemeinden bei dem Verkauf ihrer Waren nur von dem Gedanken leiten ließen, ihre Vorräte möglichst günstig wieder loszuwerden. An solchen Beispielen hat es nicht gefehlt.

Dem Chaos der Mobilmachung und der ersten Wochen folgte dann eine Periode der Ruhe, in der sich die bald mit Energie und Planmäßigkeit von Handel und Produktion geförderte allgemeine Preistreiberi vorbereitete. Wir können die weitere Entwicklung nicht verfolgen. Nur das eine sei hier gesagt: die neue Ernte 1914 wurde heringebracht und mit ihr setzten sich die Versämnisse der Städte fort, die sowohl bei der Mehl- und Kartoffel- wie vor allem bei der Versorgung mit Vieh und Fleisch in gleicher Weise zu beobachten waren. Damals wäre noch eine Vorratsbildung im großen Maße möglich gewesen. Bei dem Ausbleiben von Höchstpreisen - sie kamen erst Ende Oktober 1914 für Getreide, noch später für Kartoffeln und blieben für Vieh und Fleisch ganz aus - war sie das einzige Mittel, um später auf die Gestaltung der Preise wenigstens in gewissem Umfang einzuwirken und zum wenigsten die Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung zu erträglichen Preisen über zu stellen. Nur verhältnismäßig wenige Gemeinden sind frühzeitig genug tätig geworden: die meisten nahmen ihre Vorratsbildung erst dann an, als es zu spät war, teils wenn die Preistreiberi die Waren schon übermäßig verteuert hatten, teils wenn die Vorratsbildung behördlich vorgeschrieben wurde, wie zum Beispiel für Fleisch durch die Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915. Das gilt auch für die Rationierungsmittelverorgungs-Gesellschaften, die von den Städten teils in Verbindung mit Kaufmannvereinen und privaten Firmen, teils ohne diese gegründet wurden, um Vorräte anzukaufen und entweder direkt ohne Zwischen-treten des Kleinhandels oder mit seiner Hilfe der Bevölkerung zuzuführen. Während die Stadt Straßburg i. E. als erste ihre Unternehmung schon im Dezember 1914 einrichtete und mit ihrer Hilfe die Lebensmittelversorgung energisch und planmäßig ausbaute, folgte Stuttgart als zweite Stadt erst im Jahre 1915, und die Einrichtungen der anderen Städte datieren seit den letzten Monaten. Allerdings können sich die Gemeinden nicht ganz ohne Unrecht darauf berufen, daß ihnen die Reichszentralstellen bei der Vorratsbeschaffung keineswegs ausreichende Hilfe gewährt oder ihnen rechtzeitig die Mittel gegeben hätten, deren sie als örtliche Behörden mit einem örtlich begrenzten Gebiet bedürften.

Dafür ist ja gerade die Fleischverorgungsaktion des Frühjahrs 1915 wieder ein trauriges Beispiel. Ueber diese Tragödie könnte man mit Recht die Ueberschrift: „Armen und Wirren“ setzen. Erst am 25. September 1915 kam die Bekanntmachung des Bundesrates, die den Gemeinden auf dem Gebiete der Versorgungsregelung Rechte gibt, die ihnen gleich mit der Mobilmachung ebenso hätten gegeben werden sollen, wie sie der Bundesrat durch das sogenannte Ermächtigungsgesetz vom 1. August 1914 erhielt, und erst durch die Abänderung vom 1. November 1915 wurden ihre Vorschriften auch auf die Erzeuger und Hersteller von Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs ausgedehnt. Soweit der örtliche Bezirk einer Gemeinde in Betracht kommt, kann diese nunmehr entweder für die Erzeuger und Hersteller, sowie für den Handel und das Gewerbe Vorschriften hinsichtlich des Betriebes, insbesondere des Absatzes, des Erwerbes, der Preise und der Durchführung erlassen, oder unter Ausnahmsfall des Handels und des Gewerbes die Versorgung selbst übernehmen oder sie gemeinnützigen Einrichtungen oder bestimmten Handels- und Gewerbetreibenden übertragen. Zur Durchführung der direkten Versorgung können sie von diesen die künftige Ueberlassung ihrer Vorräte verlangen und sie durch Enteignung zwingen, wenn sie nicht freiwillig zu ihr bereit sind. Damit ist für die Tätigkeit der städtischen Einkaufsgesellschaften erst die Grundlage geschaffen.

Mit der längeren Dauer des Krieges sind den Gemeinden immer neue Aufgaben und Pflichten vom Bundesrat auferlegt worden. Zu Beginn machte die Bekanntmachung vom 25. Januar 1915, die die Getreide- und Mehlversorgung des ganzen Reiches mit Hilfe der stammunalsbehörden regelte. Mit ihr ist die Bekanntmachung vom gleichen Datum über die Beschaffung von Vorräten an Kleidsamerwaren ergangen und diesen beiden ist dann eine lange Reihe weiterer Bekanntmachungen gefolgt, die im Laufe der Zeit alle wichtigeren Lebensmittel erfassen. Namentlich ist auch die Verpflichtung der Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern zur Festsetzung von Höchstpreisen mehr und mehr ausgebaut worden. Sie besteht jetzt zum Beispiel für Weizen und Hirse, für Kartoffeln, für Obst und Zerkleinerungsstoffe, für Milch und Milch, für Milch, für Schweinefleisch. Außerdem sind dieselben Gemeinden verpflichtet, Preisprüfungsstellen einzurichten, die die örtliche Preisbildung überwachen und die Verwaltungsbehörden bei der Feststellung angemessener Preise, also vor allem bei dem Erlaß von Höchstpreisen unterstützen sollen. So bilden denn die Gemeinden einen wichtigen Faktor in der ganzen, sehr langsam und spät von den Reichsbehörden ausgebauten Höchstpreisorganisation. Ohne sie wäre in der Tat die ganze Einrichtung auf dem Papier stehen geblieben. Auch jetzt noch wäret die Durchführung der Höchstpreise zum guten Teil von der Energie der Gemeindeverwaltungen ab, mit der sie sich die Ueberwachung des Handels zur Aufgabe machen und gegen Verletzungen rücksichtslos einschreiten. Die Höchstpreise für die oben angeführten Lebensmittel gelten nicht nur lokal, sondern sind auf der Grundlage allgemeiner, von der Reichszentrale aufgestellter Höchst- oder Richtpreise für Erzeuger und Großhandel von den Gemeinden zu erlassen. Damit ist die Hauptgefahr, daß die Lebensmittel in den Gebieten mit Höchstpreisen nicht mehr zum Verkauf gestellt werden, stark eingeschränkt, wenn auch keineswegs vollständig beseitigt. Die Vorgänge bei der Kartoffelversorgung in den Städten des Westens sind für das letztere ein Beweis. Zum anderen Teil handelt es sich bei den Höchstpreisen um solche Waren, für die eine Reichsstelle das Handelsmonopol hat, wie zum Beispiel Weizen und Hirse. Hier liegen die Verhältnisse ebenso wie bei der Getreide- und Mehlversorgung, deren Organisation sich durchaus bewährt hat.

Eigene Vorratsbildung und Verteilung der Vorräte auf der einen Seite und Festsetzung von Höchstpreisen auf der anderen Seite sind in der Hauptsache die beiden Mittel gewesen, mit denen die Städte die Lebensmittelnot zu bekämpfen geübt haben. Beide haben das allgemeine, daß das Quantum der im Reiche vorhandenen Vorräte dadurch in keiner Weise vermehrt wird, sondern nur eine bessere Verteilung stattfindet, die der städtischen Bevölkerung den Ueberfluß der ländlichen Produktion zuführt. Eine Vermehrung würde indes inwieweit stattfinden, als die Städte auch aus dem Auslande Waren einzuführen bestrebt sind. Im allgemeinen haben sie diese Aufgabe wohl dem Handel oder den zentralen Einkaufsstellen überlassen, in Ausnahmefällen sind sie ähnlich wie in den Feuerungsjahren vor dem Kriege selbst als Käufer aufgetreten. Mit welchem Erfolge, würde sich nur durch eine besondere Umfrage feststellen lassen. Bedeutender ist die Vorratsvermehrung durch die Ausdehnung der Produktion oder ihre Förderung. Hier haben zahlreiche Städte, wie zum Beispiel Mannheim und andere Orte, recht erhebliche Mehrerträge für die Versorgung ihrer Einwohner herausgewirtschaftet. Da sich der Grundbesitz der Städte in der Jahren vor dem Kriege sehr stark vermehrt hatte, stehen nicht unbedeutende Flächen für diese Aufgabe zur Verfügung. Doch sind sie natürlich im Verhältnis zu dem Bedarf beschränkt. Schon unsere Mittelstädte sind auf Zuhilfenahme der weiteren

Umgebung angewiesen. Da hat nun der Krieg die alten Kräfte, die schon in den Kriegsjahren so lebhaft distilliert wurden, wieder aufs Tapet gebracht, und der Zwang der Not hat manche Bedenken überwunden, die in der Friedenszeit die Aktion der Gemeinden gelähmt hatten. Hier handelt es sich vor allem darum, Einfluß auf die landwirtschaftliche Produktion durch Sicherstellung der Abnahme mittels des Abschlusses von Lieferungsverträgen zwischen der Stadt als der Organisation der Verbraucher und den Produzenten durch die Gewährung von Geldmitteln für die Beschaffung von Betriebsmitteln und Betriebseinrichtungen (wie Stuntdünger, Futtermittel, Ställe, Molkereien usw.) an landwirtschaftliche Produzenten oder Produzentenvereinigungen oder durch die Vereinstellung solcher Einrichtungen für die Benutzung durch diese zu gewinnen. Ist der Bedarf vorhanden und besteht die Gewißheit, daß die zu seiner Befriedigung notwendigen Produkte zu angemessenen Preisen von den Städten sicher abgenommen werden, so wird sich die Produktion ohne besondere Schwierigkeiten dem Erfordernis anpassen, wenn den Produzenten auch die Produktionsmittel zur Verfügung stehen. An Boden wird es vorläufig noch nicht fehlen. Durch intensivere Bearbeitung, Uebergang von der Pflanz- zur Spatenkultur, Verwendung von Stuntdünger lassen sich die Erträge noch hinreichend steigern. Für die anderen Betriebsmittel aber muß in Ergänzung der eigenen Kräfte der landwirtschaftlichen Produzenten von den Bedarfsgemeinschaften gesorgt werden. Nur durch die finanzielle Beteiligung der Städte an der landwirtschaftlichen Produktion können sie sich auch einen Einfluß auf die Lieferungsbedingungen sichern und verhindern, daß die städtische Bevölkerung auf Gnade und Ungnade agrarischen Risiken ausgesetzt ist. Für bestimmte Lebensmittel, vor allem die Milch, wird aber die Unabhängigkeit der Stadtbevölkerung noch weiter durch die direkte Produktion der Städte gesichert werden müssen. Eine jede Stadt sollte städtische Ställe, die aber, um rationell zu produzieren, nicht als Abmelkwirtschaften im Innern der Städte, sondern auf städtischen Höfen als Teile landwirtschaftlicher Betriebe einzurichten wären, in solchem Umfange anlegen, daß sie aus ihrer Produktion die Milch für die Säuglinge, die städtischen Krankenhäuser und Anstalten, für die Schülerpeisung usw. decken könnte. Das ist eine Aufgabe, die, wie ich in meiner „Städteverwaltung“ schon im Jahre 1901 nachgewiesen habe, von den Städten ohne besondere Schwierigkeiten gelöst werden könnte. In welchem Umfange darüber hinaus eine Zentralisation der Milchversorgung durch die Errichtung städtischer Milchzentralen zu erfolgen läßt, ist eine Frage, die sich nicht schematisch beantworten läßt. Allerdings haben die neuesten Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik wieder einmal gezeigt, wie außerordentlich schlecht und unökonomisch die Milchversorgung der meisten größeren Städte durch einen leistungsunfähigen, kapitallosen und zerstückelten Milchhandel erfolgt und wie notwendig eine durchgreifende Umgestaltung ist. Hier werden die Städte nach dem Kriege noch große und dringende Aufgaben vor sich sehen.

Zu dem zweiten Kriegsjahre hat auch die Futtermittelnot in verschiedenen Gemeinden zu einem Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Produzenten geführt. Müdenabfälle sind in den Städten gesammelt, zu Futtermitteln verarbeitet und an die Landwirtschaft abgegeben worden, meist unter der Bedingung, daß die Landwirte sich zur Lieferung bestimmter Produktmengen verpflichten mußten. Die Aktion findet natürlich ihre Schranken in dem begrenzten Quantum nutzbarer Abfälle in den Städten. Denn andere Futtermittel stehen diesen zurzeit kaum zur Verfügung. Hier kann nur von den Zentralbehörden aus Ersatz geschaffen werden in der Art, wie es neuerdings die preussische Regierung in großem Maßstabe zu tun beabsichtigt, um dem Mangel an Schweinefleisch und Fett vor allem in den Bezirken mit starker Industrie- und Arbeiterbevölkerung zu begegnen. Es sollen landwirtschaftlichen Verbänden ausländische Futtermittel zur Verfügung

gestellt werden gegen die Verpflichtung, Zettelschweine in entsprechender Zahl abzuliefern. Die Preise der Futtermittel werden so gestellt, daß sie bei Abgabe der Schweine etwas unter dem geltenden Höchstpreis einen mäßigen Mästergewinn gewähren. Die Schweine sind an industrielle Kommunalverbände auf Grund abzuwickelnder Lieferungsverträge abzugeben. Schlachtung und Verteilung des Fleisches an die Konsumenten ist Sache der Kommunalverwaltungen, die ihre Kosten aus dem Unterschied zwischen Abnahmepreis und Höchstpreis, etwa eine Mark für den Zentner Lebendgewicht, zu decken haben. Hier wird endlich der Versuch gemacht, die Fleischversorgung der Industriegegenden zu organisieren, und zwar indem, wie allein erfolglos, der ganze Prozeß von Anfang bis zu Ende der Regelung unterworfen wird. Man wird abzuwarten haben, wie sich der Versuch als solcher, d. h. also unabhängig von der Preisstellung, bewährt, ob die landwirtschaftlichen Vereinstellungen instand sein werden, die Schweine in der vorgeschriebenen Qualität rechtzeitig zu liefern.

Wie dieser Ueberblick über die Grundzüge der kommunalen Tätigkeit auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zeigt, hat der Krieg den im Jahre 1912 proklamierten Grundsatze der Städteverwaltungen vollständig über den Haufen geworfen. Die Lebensmittelversorgung ist eine Hauptaufgabe dieser Körperschaften geworden und wird es noch geraume Zeit nach dem Kriege sein. Auch nach seinem Abschluß wird die Forderung der Lebensmittel und die Schwierigkeit ihrer Beschaffung anhalten. Was also von ihnen zweckmäßigerweise nicht als vorübergehende Notmaßregel, sondern als dauernde Einrichtung konstruiert, bei der Gestaltung der Kriegsmassregeln stets mit überlegt werden, daß sie später möglichst reibungslos in dauernde Friedensmassregeln übergeführt werden können.

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, 1. Februar 1916.

Die unerwartet lange Dauer des Weltkrieges hat manche neu geschaffenen Einrichtungen überholt oder auch zur Umgestaltung gezwungen. Im ersten Kriegsjahre war das Interesse der Arbeiterschaft so elementar von den Kriegereignissen beherbergt, daß darüber wichtige Dinge in den Hintergründen traten. Inzwischen ist durch die wiedererwachte Regsamkeit der Organisation auf wirtschaftlichem Gebiete eine Fülle neuer Fragen aufgeworfen. Außerdem ist auch auf den Kriegsschauplätzen ein etwas schleppender Gang der Ereignisse festzustellen. So dürfte es genügen, allmonatlich eine militärisch-politische Uebersicht an dieser Stelle zu geben. Die große Bedeutung für die gesamte Arbeiterschaft und insbesondere auch für die Gewerkschaften über Kriegslage und Kriegsausgang kann dabei von keiner Seite bestritten werden. . . Nimmt man zunächst die militärischen Ergebnisse des Jahres, so sind sie -- trotz zeitweiliger „Stille“ auf allen Kriegsschauplätzen -- von ziemlicher Bedeutung. Der Abzug der englisch-französischen Armee von Gallipoli (S. 1. 16) hat das „Dardanellenabenteuer“ beendet. Ob das „Salonikaabenteuer“ ruhmreicher für die Entente ausfällt, erdient mindestens zweifelhaft. Der bestige russische Vorstoß in Bekarabien hat den Russen gegen 100.000 Verluste gebracht, ohne irgendein weiteres Ergebnis zu zeitigen. Auch sonst hat die russische Front keine Veränderung erfahren. Bei alledem muß die grimmige Mähte, mannhafte Wegebekämpfung und kulturlöse Wüstenhaftigkeit weiter Teile der russischen eroberten Gebiete in Betracht gezogen werden, will man die ungeheuren Leistungen und Strapazen der deutsch-österreichischen Soldaten würdigen. Die verheerliche österreichische Offensive in Montenegro setzte am 11. Januar 1916 ein. Mit der Eroberung des Lovcen (1500 Meter) fiel am 12. Januar die Hauptstadt Cetinje. Am 13. Januar folgte die Kapitulation (d. h. Waffenstreckung) des montenegrinischen Heeres, die sich trotz König Niklas Flucht nach Vron auch weiterhin vollzog und große Geschütz- und Waffenbeute in die Hände der Österreichern brachte. In Italien ist durch besonderes Verbleiben wegen Gefährdung der albanischen Expedition der Italiener in Durazzo und Valona. Ob der Hoffnungsstrahl auf beginnende Friedensgeneigtheit bei einzelnen Ländern der Entente Verbreitung hat,

erhöht unermesslich nicht ganz über. Jedenfalls nicht es um 20% zu für die Arbeiter über überlastet denn besser. Die meisten für 60%; einige Stellen räumen und streifen in den letzten Wochen weniger hart an. Im Westen endlich gelang es den deutschen Truppen am 30. Januar, in 3 Kilometer Breite, 1 Meile mehr Tiefe bei La Roche und südlich der Somme Kräfte vorzuwerfen und 1000 Mann gefangen zu nehmen. Es nun nach der Stellungnahme des Weltens durch größere Manöverstellungen angeleitet wird, müssen die nächsten Wochen sein. Jedenfalls liegt der Schwerpunkt auf Paris vom 30. 31. Januar 1916 darauf überlegen.

Während in England die Militärlieferung auch in dieser Zeit angenommen, und die Opposition der Arbeiter beidseitig sich dabei auf ganze 10 Stimmen, der sich noch 23 überwinden zu gelassen, gegen 45 für die Fortlage. Daß die englischen Gewerkschaften nach der Auslieferung des Schloßes einfließende Schwerkraft lassen werden, ist nicht sehr wahrscheinlich. Aus Frankreich ist jetzt das sozialistische Manifest vom 30. Dezember 1915 im Wortlaut bekannt. Es fordert von der französischen Arbeiterpartei die "letzte Einheit", von der deutschen die "Opposition" (E. L.) sich Vorarbeiten und weiterhin "fordert jede Verhandlung" anzufangen, bis die "deutsche Militärsache" beendet ist. Es erwidert sich, "denn es zu veranlassen. Macht auch die Befehle französischer Behörden nach folgende Tropfen manches unvollständig, so doch nicht alles. Die Reichstags- und Landtagsverhandlungen vom Januar 1916 haben wenig Befriedigung auslösen können. Im Reichstag kam die Ernährungsfraße nicht vom Tisch, und die Senatsdebatte bewies, wie unzulänglich ein solch mittelalterliches Parlament sein können muß. Die Debatte im Landtag brachte sehr schüchterne Verhandlungen für eine preussische Wahlreform, und doch jenen die "sozialdemokratische Partei" ist durch die Stillnahme des Reichstags die Wahlreformfrage erneut befaßt worden. Nach fünf Jahren jährliche Mandatverlängerungen (jeweils zu, das die überwiegende Mehrheit der Wahlkreise den Staatsrat vom 1. August 1914 verabschiedet. Von Friedensausichten läßt sich kaum erwarten, leider wenig berichten. England erweist überaus Modere und jetzt weitere Hunderttausende ein. Frankreich plant die "große Offensive" und sieht von Kriegsländern in keine Rückensichtungen zu sparen, wie die jüngste Ministerrede D'Alphonse bewies. Der Friedenswille der Bevölkerung mag wohl in allen Ländern gleich stark sein.

Empfangen werden für die Jahre bis 2000 Mk. Monatslohn 8 Mk., für Arbeiter bis zu über 2000 Mk. und mit mehr als 2 Kindern 12 Mk. pro Monat. Es die Zulage inklusive Gehalt 2000 Mk. übersteigt, wird der überschüssige Teil nicht angesetzt.

Krautthur a. C. Die Stadtratsverordnetenversammlung genehmigte die beantragte Feuerungszulage an Hausbesitzer und Arbeiter pro einm. Jahreslohn mit von 2100 Mk. Die Zulage beträgt für 1. und 2. Kinder 6 Mk. und für jedes weitere Kind 2 Mk. mehr pro Monat, unter Wegfall der vorher gewährten Zulage von 50 Pf. und 1 Mk. pro Woche.

Hofenheim. Da die vorher gewährte Feuerungszulage für 1915 31. Dezember 1915 befristet war, wurde zur Sitzung am 28. Dezember und gleichzeitige Erhöhung der Zulage eingeleitet. Die Verhandlung hat sich bis zu Ende hin zu entscheiden. Es erboten ab 1. Januar alle Arbeiter und Arbeiter bis zu einem Jahreslohn von 2200 Mk. Feuerungszulagen. Diese beträgt für 2. und 3. Kinder ohne mehr 20 Pf. pro Tag oder 5 Mk. monatlich, mit einem Kind 40 Pf. pro Tag oder 10 Mk. monatlich, mit 2 bis 4 Kindern 60 Pf. pro Tag oder 15 Mk. monatlich, mit 1 und mehr Kindern 80 Pf. pro Tag oder 20 Mk. monatlich.

◆ **Notizen für Gasarbeiter** ◆

Sind die Vatermörder keine händigen Arbeiter? Im März hat der Magistrat verfügt, daß die Vatermörder keine händigen Arbeiter sind. Im November vorigen Jahres wurden auf ein vom Verbands angedrehtes Gehalt allen händigen Arbeitern Feuerungszulagen bewilligt. Die Vatermörder aber erhielten nichts. Aus dem der Gewerkschaft zugewandten Schreiben des Magistrats war aber zu entnehmen, daß allen händigen die Feuerungszulagen bewilligt werden. Die Arbeitsbeschäftigung der Vatermörder konnte daher nur ein Zeichen der Gaswerkverhaltung sein. In einer an den Magistrat gerichteten Eingabe wurde erwidert, die Feuerungszulage auch den Vatermördern zu gewähren. Darauf erhielt die Gewerkschaft folgende Schreiben des Magistrats: "Auf das Schreiben vom 13. v. M. teilen wir Ihnen mit, daß die parlamentarische Kommission der Verwaltung einer Feuerungszulage an die Vatermörder abgelehnt hat, weil diese keine händigen Arbeiter sind, ihre Beschäftigung kein Gaswert v. h. nur als Nebenbeschäftigung angesehen werden kann. Hierbei ist der Umfang ihrer Beschäftigung jetzt geringer als vor dem Krieg." Wie mir jetzt oben mitgeteilt wurde, ist in dem ersten Schreiben des Magistrats nichts enthalten oder auch nur angedeutet, daß nur händige Arbeiter etwas erhalten sollen. Das wäre ja auch ganz unverständlich, da die Feuerung alle Arbeiter gleich bezahlt. Der Geist der Feuerungszulage ist aber doch nur der, daß der Vatermörder zu mildern. Wir arbeiten uns nun beim wohlhabenden Magistrat die rechtliche Frage, wann wieder die händigen Arbeiter händig? Wieviel Feuerhölzer und dazu nötig? Die Vatermörder sind durchgängig über lange Jahre bei der Stadt beschäftigt. Die Mehrzahl dürfte 10 und mehr Dienstjahre hinter sich haben. Geht das noch nicht? Weiter fragen wir an: "Zur Zeit wenn es die Zeit, daß händigen Arbeiter noch den für händigen Arbeiter entsprechenden Arbeitslohn bekommen zu erwarten ist und? Allgemein dürfte es so liegen, daß nur händige Arbeiter Anspruch auf Arbeitslohn haben. In Mafel hatten diesen Anspruch bisher auch die Vatermörder. Soll das durch untrügliche Bestätigung des Magistrats jetzt aufhören? Händigen Arbeiter haben doch irgendein Anspruch auf Arbeitslohn. Die Vatermörder können wohl verlangen, daß ihnen jetzt Hipp und Hor mitzuteilen wird, in welchem Verhältnis sie zur Stadt stehen. Aber eben als unrichtig ist es, wenn weiter ausgesagt wird, daß den Vatermördern die Beschäftigung kein Gaswert nur als Nebenbeschäftigung angesehen wird. Die Arbeit als Vatermörder ist die Hauptbeschäftigung, und nur die unvollständige Beschäftigung während der Zeit, die Nebenbeschäftigung zu haben. Außen und Väter der Vatermörder und an ganz bestimmte Tageszeiten gehalten. Wenn das aber Nebenbeschäftigung wäre, könnte jeder gehen und stehen, wo es ihm gerade keine freie Zeit erlaubte. Das ist aber nicht anzunehmen, wenn man nur von einer Nebenbeschäftigung keine Rede sein. Da ist auch der Dienst als Vatermörder die meiste Zeit des Jahres beansprucht. Aber daß der Vatermörder, daß die Beschäftigung jetzt geringer ist als vor dem Krieg, trifft nur in sehr bedingten Umständen zu. Das Meiste ist doch genau so groß wie früher. Wenn auch das Feuer abgeblasen werden muß, hat es nicht sehr viel auf, wenn die einige Minuten zu mehr zu zahlen und zu lösen und. Geht das nicht weiter doch alle. Die Kinderlohn ist daher sehr minimal. Aber jetzt wenn die Arbeitsbeschäftigung in erheblichem Umfang zu verzeichnen wäre, wie das nicht der Fall ist, kann es kein Grund sein, den Vatermördern keine Zulagen zu gewähren. Ausdrücklich mag sein, daß die junge Generation die Gewerkschaft über Feuerungszulage rechtlich ist. Hier das Gegenteil zu verweisen, wird aber auch dem Magistrat in Mafel unmöglich sein.

◆ **Aus den Stadtparlamenten** ◆

Kriegs-Ceuerungszulage.

Hamburg. Aus der Magistratsung vom 18. Januar ist zu berichten: Ueber die Frage der Wiedereröffnung der zum Seeve erweiternden händigen Arbeiter und der Hinterbliebenenversorgung berichtet Herr Richter Müller aus der Sitzung des Finanz-Ausschusses: Es werde folgende Meinung empfohlen: Der zum Seeve eingezogene Arbeiter überder mit dem Heerwärt seiner militärischen Unternehmung aus der Arbeiterverdienststätte aus und hat dadurch seinen Anspruch an die Mafel verloren. Demjenigen Arbeiter, welche bis zur militärischen Unternehmung mindestens 6 Monate im Dienste der Stadt geschanden waren, wird ohne Anerkennung einer Arbeitsverpflichtung die unbeschäftigte Stelle offen gehalten. Die als dienstunfähig vom Militär Entlassenen erhalten in ihrer weiterzählende Wege aus der Versorgungsliste zu der Militärrente den Betrag, welcher ihnen zufließen sollte, wenn sie im Dienst der Stadt dienstunfähig geworden wären. Die wegen dienstunfähigkeit vom Militär Entlassenen aber noch ganz oder teilweise dienstunfähig werden, können geeignete Stellen befristet sind, werden in den nächsten Dienst aufgenommen, und zwar vor dem gleichen Lohn wie vor der militärischen Unternehmung. Die Militärrente wird dabei in Abzug gebracht, nicht dagegen die Arbeitszulage oder Versorgungszulage. Die Hinterbliebenen von arbeitsbeschäftigten Angehörigen der Versorgungsliste erhalten den Betrag, der ihnen gewährt werden müßte, wenn der Mann im Dienste verstorben wäre. Die Arbeitsbeschäftigung während der Unternehmung wird angerechnet. Außerdem wird den Hinterbliebenen das Streben gewährt, auf das sie nach den Leistungen der Versorgungsliste Anspruch hätten, wenn der Mann im händigen Dienste verstorben wäre. Hat der Verbliebene bei der militärischen Unternehmung noch keinen Arbeitsvertrag gegen die Versorgungsliste geschlossen, so kann eine einstweilige Unternehmung gewährt werden. Diese Vorschläge wurden vom Magistrat einstimmig angenommen.

Gülden. Dem Antrag der händigen Arbeiter auf Erhöhung der Feuerungszulage haben Magistrat und Stadtvorstand einstimmig zugestimmt. Die vom 1. Januar ab zu zahlende Feuer-

Aus unserer Bewegung

Berlin. Unsere am beschriebenen Generalversammlung vom 27. Januar nahm den 8. März und Monatsbericht des Vorsitzenden und des Schriftführers entgegen. Aus demselben geht hervor, daß die Arbeiterbewegung trotz der durch die neue Einberufungen zum Decebr. 1915 erfolgten Einmischung sehr lebendig und ausgeprägt war. Am 27. Januar, 26.511 Mk. für Unterhaltungs- und Personal, wovon 12.127 Mk. auf die Weihnachtsunterstützung entfielen. Für Krankenunterstützung wurden 6.332 Mk. und am 27. Januar 1.555 Mk. ausbezahlt. Trotz der nicht weniger als 911 Mitglieder neu aufgenommen worden, verminderte sich die Gesamtzahl der Mitglieder von 1914 auf 1917. Die Ortsverwaltung beschäftigte sich u. a. auch mit der Vermögensschädlichkeitsfrage. Sie sendte den Gemeindevorstand in Berlin in Frage kommender Grundstücke ein in der Erwägung, es werde zu einer Arbeitsgemeinschaft kommen, wie sie in vielen anderen der Gemeindefälle besteht. Diese Schenkung hat sich bis jetzt noch nicht erfüllt. Es ist noch nicht bekannt, wie sich die Behörden zu dieser Angelegenheit stellen werden. Nur der Magistrat von Lichterberg hat eine bestimmte Antwort gegeben. Er bezieht auf das Fehlen eines Arbeitsvertrages und lehnt deshalb ein Zusammenarbeiten mit dem Vereine ab, will aber die von ihm angebotenen Grundstücke abgeben. Da zu den Betrieben der Stadt Berlin neuerdings die Elektrizitätswerke hinzugekommen sind, in denen 1900 für den Betrieb in Frage kommende Arbeiter beschäftigt werden, so hat die Ortsverwaltung mit der Genehmigung dieser Arbeiter für den Verband begonnen und den Magistrat ersucht, er möge die in anderen ähnlichen Betrieben gemachten Erfahrungen mitteilen und die Arbeiter der Elektrizitätswerke ausweisen. Insbesondere wolle die Ortsverwaltung dahin, daß die Arbeiter Lohnzuschüsse erhalten. Außerdem weist im Anschluß die einheitliche allgemeine Lohnzuschüsse von 10 Mk. pro Monat eingeführt worden sind, die aber angesichts der fortwährenden Steigerung der Lebensunterhaltung mit erheblichen Kosten, wurde in Summe in den einzelnen Betrieben einzeln vorgeschlagen. Diese Bewegung müßte aber nicht in allen Betrieben zu dem gewünschten Erfolge. Es wurde deshalb eine nochmalige allgemeine Umfrage an die Verbände gerichtet. Es erhalten nun folgende unter 18 Jahren 10 Mk., unter 18 Jahre 12 Mk., Arbeiter, ohne Kinder 15 Mk., bei 1 bis 2 Kindern 20 Mk. und mit mehr als 2 Kindern 25 Mk. monatlich. Die Lohnzuschüsse, bis zu welcher die Fälligkeit gerichtet wird, beträgt bei den Verbänden 2000 Mk. und bei den Arbeiterverbänden 2500 Mk. Jahresbeitrag. Ein Vergleich der verschiedenen Lebenshaltung wird hierdurch allerdings noch nicht erreicht. Es wird also noch weiter dahin gewirkt werden müssen, daß die nächsten Arbeiter den Ausgleich zwischen Lohn und Lebenshaltung möglichst nahe kommen. Die Verbandsverwaltung mußte auf unabweisender Rücksicht die bisherige Ortsverwaltung einmündig wieder und verleihte ihren Anträgen die Lohnzuschüsse von 20 Mk. monatlich. Von den Kollegen Lohn und Miete wurde folgende Resolution eingebracht: "Die Verbandsverwaltung vertritt das Verhalten einzelner Gewerkschaften zum Parteizentrum sowie die Zweckweise des "Correspondenz-Komitee" der Generalkommission und verlangt, daß der proletarische Geist in den freien Gewerkschaften gefördert werde." Der Vorsitzende Mollge hat in einer bezeichnende diese Resolution schon wegen der unklaren Fassung für unannehmbar. Sie sollten sich für einmündig über die Zweckweise eines Plattes abstimmen, wenn irgend es gar nicht oder jedenfalls nur im Auszug können. Wollen wir aber das Verhalten einzelner Gewerkschaften angeht, so werden wir mühen hier konkrete Forderungen vorgetragen werden. Am besten versteht man das aber den in Frage kommenden Gewerkschaften selbst. Im übrigen haben wir hier keine Parteizentren, sondern nur unsere Berufsangehörigen zu behandeln. Wer zu parteipolitischen Zielen nehmen will, muß das in den Parteizentren tun. Der Mannheimer Kollege Hofmann hat den Antrag gestellt, die Resolution zurückzugeben und bemerkt: Sie können ja in jedem Medaillon verlangen, daß er sich nicht so sehr in die Parteizentren mischt. Das hat er getan, und zwar immer nur gegen den einen Teil, auf der die meisten Gewerkschaften dabei stehen. Auf der Gewerkschaften selbst, wenn sie in Parteizentren stehen Stellung nehmen will, dies in den Organisations- und Parteizentren, aber nicht im Gewerkschaftsblatt. Der amtierende Kollege Fickler wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Resolution und namentlich gegen den Wunsch, unsere Forderungen zurückzugeben und mit die Arbeitseinstellung genügend zu betonen. Er wies u. a. darauf hin, daß gerade er einer der ersten war, der vor allzu rotem Eiferismus gewarnt haben. Er habe gegen die betreffenden Forderungen Mittel zum Abend gebildet, die nicht dem Kommunisten als dem Eiferismus das Wort gäben, sondern unsere Zeitung, die für das ganze Reich kommt, nicht den Parteien einer nur für einen Teil bestimmten Partei geben. Den Tagesbericht der 20 im Reichstag wurde er behandelt, wie er vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus nicht werden muß; er habe aber er hat bei der Stellungnahme zu politischen Fragen auf das notwendige Maß beschränkt, während er bei der Verbandsverwaltung Gelegenheit haben, wie früher auch jetzt, über die Haltung der Zeitung und die Redaktions-

führung des Medaillons zu sprechen. Nach einer nochmaligen Erörterung Hofmanns, daß die Verbandsverwaltung das Recht habe, sich über die Haltung der Redaktionen zu äußern, und daß sich der Medaillon darauf beschränken solle, politisch informierend zu wirken, nicht aber im Parteistreit seine Stellung zu nehmen, wurde die Resolution zurückgegeben. Die bereits dort gestrichelte Verbandsverwaltung wurde gegen 11 1/2 Uhr geschlossen.

Tredden. Die Aktive hielt am 22. Januar im Volkshaus ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Verbandsverwaltung die im verflossenen Jahre gekickerten 15 und die als Opfer des Krieges gefallenen 22 Mitglieder. Der Geschäfts- und Massenbericht war von Mitgliedern schon vorher gedruckt zugestellt. Mollge Fickler gab dazu noch einige Ergänzungen. Auch im verflossenen Jahre haben die Gewerkschaften große Schwierigkeiten zu überwinden gehabt. Das Verbandsleben konnte nicht so aufrechterhalten werden als fern. Die Aufhebung des Vereins- und Verbandsangebots stand im Wege. So ist wurde mühsam Tredden erreicht worden, ohne der Masse der Mitglieder einzufallen. Innerhalb der Verbandsverwaltung und in der Tätigkeit der Arbeiterausstände lag das Schwergewicht. Eine Reihe erfreulicher Erfolge sind im Verbandsleben erreicht worden, so die zweimalige Verbesserung der Lohnzuschüsse, Erhöhung der Löhne gekickerten Arbeiter, Aufrechterhaltung der vollen Arbeitszeit und damit auch des vollen Verdienstes für die Arbeiterkassen. Verglichen mit dem in normalen Zeiten gewohnten Löhnen könnten die Lohnzuschüsse als hoch bezeichnet werden, jedoch Genossen an dem Grade der Teuerung und je immer noch ungenügend, verleiht noch immer ein Verdienst der Verbandsverwaltung. Die Unterbringung der Familien ergebrigerer händer Arbeiter führt zwar einige Verbesserungen, und die Verbandsverwaltung erfordert zu sagen, daß Tredden durchaus nicht die schlechteste Regelung getroffen hat, indessen konnte noch mehr getan werden. Ein gleiches ist auch zu sagen von den Grundlügen zur Versorgung kriegsverweigerter händer Arbeiter. (Zieh Nr. 1 Jahrg. 1916 der "Gewerkschaft"). Betrachten wir all das, so müssen wir schon daraus, welches hohe Maß von Zukunftsangabe unserer Partei. Wollen wir sie in vorrückender Weise lösen, muß wir unsern Einfluß noch weit mehr stärken. Wenn wir noch die Zahl händer Arbeiter, die außerhalb der Organisations stehen. Sie zu gewinnen, muß sich jeder Verbandskollege zur Pflicht machen. Den Massenbericht ergänzte Mollge Fickler u. a. Trotz der schweren Zeit sind die Beiträge recht gut eingegangen. Im ersten Vierteljahr entfielen auf Mitglied 128, im zweiten 116, im dritten 127 und im vierten Vierteljahr 130 Beiträge. Im Jahre sind insgesamt 61008 Beiträge geleistet, im Jahresdurchschnitt waren 1216 Mitglieder, wurden entfallen pro Mitglied und Jahr 50,1 Beiträge. Im Laufe des Jahres sind weitere 292 Mitglieder zum Decebristen eingezogen, die Gesamtzahl der Eingezogenen betrug am Jahresende 902, davon sind leider 43 bereits gefallen! Eine bedauerliche Tatsache ist es, daß im Jahresjahre 59 Mitglieder, oftmals aus reinlicher Ursache heraus, der Organisation den Rücken kehren. Ein Beweis, daß an Aufklärung und Schulung niemals zuviel getan werden kann. Die gesamte Jahresrechnung beläuft sich auf 42097,85 Mk., die gesamte Ausgabe auf 46479,35 Mk. Es sind also 4381,50 Mk. Mille ausgegeben worden. Das hat seine Ursache darin, daß die Aktive die Kosten der Weihnachtsunterstützung selbst getragen hat. An Unterbringungen sind insgesamt 29573 Mk. ausbezahlt worden, darunter allein 11718 Mk. für die Kriegsverfahren. Das sind erhebliche Summen, wobei ganz besonders zu beachten ist, daß diese Summe ohne Erhebung von Ertragsbeiträgen, ohne Erhöhung der Beiträge überhaupt, gezahlt werden konnte! Hier kommt so recht zum Vorschein, welche große Bedeutung großer Beitragsleistung zukommen ist! Trotz dieser hohen Ausgaben besitzt die Aktive noch immer ein Massenvermögen von 26958,28 Mk. Wir sind uns wohl bewußt, daß nach Beendigung des Krieges große Anforderungen an unsere Kasse gestellt werden, sei es für Unterbringungen, sei es für Lohnbewegungen. Sorgen wir also dafür, daß wir den kommenden Ansprüchen gewachsen sind! Dazu gehört Gesetzmäßigkeit unserer Organisation; sie unter allen Umständen zu wahren. Dafür muß ein jeder sein Bestes einbringen! Die Deutsche bewachte sich in ruhigen, sachlichen Tönen, und von allen Rednern wurden die großen Leistungen unserer Organisation sowohl hier am Orte wie auch in ihrer Gesamtheit anerkannt. Die Resolutions- und Verwaltung gingen klar voran. Ein einmündiger Antrag, welcher verlangte, daß die Arbeiterkassen für dieses Jahr die Gewährung des vollen Sommerurlaubes fordern sollten, wurde einstimmig angenommen.

Mannheim. Unsere Generalversammlung vom 15. Januar hatte einen guten Verlauf aufzuweisen. Der Vorsitzende Markler gab den Geschäftsbericht. Er führte an, daß die Aktive schwer durch den Krieg in Notwendigkeit gesetzt worden sei, besonders aber durch die Eingezogenen des ungedienten Landsturms und der Ersatzvorbereitungen. Am Schlusse des Geschäftsjahres 1915 standen 311 Kollegen unter der Fahne, so daß am Orte noch ein Bestand von 112 männlichen und 10 weiblichen Mitgliedern vorhanden sei. Drei Kollegen haben vor kurzem den Tod im Zivilstand verloren und acht Kollegen sind auf dem Schlachtfelde gefallen oder an erkrankten Wunden

Angen. Im ganzen ist unsere Bilanz für Jahr 14. Januar 1916 eine sehr gute, anstehend mit noch drei Monaten als vorläufige Bilanz. Die Einnahmen wurden wieder überaus reichlich, zumal auch an den Stadtrat emittiert. Einerseits durch die große Hilfe des Erbes, das dem Vorstande eine Verleihung, die der Arbeiter mit 150 Tausend eine Zulage von 20 Pf. beträgt, andererseits durch die Minderzulage für jedes Mitglied von 10 Pf. monatlich werden, und zwar bei der Entlohnung von 100.000 Pf. monatlich. Dazu einer Vermittlungsmittel der sozialdemokratischen Partei, die im Jahre 1914 durch den Arbeiter und Angestellten von unter 100 Pf. täglich oder 112,50 Pf. monatlich eine Zulage von 30 Pf. täglich bzw. 7,50 Pf. monatlich, der übrigen Arbeiter oder Angestellten bis 100.000 Pf. Gehalts oder Lohngrasse 20 Pf. täglich oder 5 Pf. monatlich zuerkannt. Des Weiteren wurde die Minderzulage nach der Vorlage des Stadtrats angenommen. Eine weitere Eingabe auf Gewährung des Erholungsurlaubes wurde vom Stadtrat abgelehnt, daß den Arbeitern und Angestellten, die im Jahre 1914 ihres Urlaubs verlustig waren, die Hälfte ihres Urlaubs ersehnt. Nach einer späteren parlamentarischen Verfügung bekamen auch die übrigen Arbeiter ein Viertel ihres Urlaubs, auf ganze Tage abgerundet. Im November 1915 wurde, veranlaßt durch die immer mehr sich steigende Teuerung, mit einer Eingabe an den Stadtrat heranzutreten, und zwar um Erhöhung der Feuerzulage um 20 Pf. und der Minderzulage um 10 Pf. Auch diese Eingabe war von Erfolg. Da bereits an den Vingerauschuß eine Vorlage obging, jedoch die Sitzung desselben verfallen wurde, so konnte das Eracnis im Geschäftsbericht nicht mehr erwähnt werden. Eine Eingabe für unsere Mitgliedschaft in E. 111ingen wegen Teuerungszulage wurde dahin entschieden, daß eine Zulage von zwei Mark pro Woche eintritt. Der geforderte Urlaub wurde jedoch abgelehnt. Der Neffenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1914 571,79 Pf. Die Einnahmen an Aufnahme-, Wochenbeiträgen usw. beliefen sich auf 579,45 Pf. Die Mittelansgaben an Erhaltungskosten der Unteroffiziere, Agitation, Lohnbewegung, Unterhaltung aus der Lokalkasse, Arbeiterkassenkasse und Porto erforderten den Betrag von 1040,24 Pf. Im Auftrage des Hauptvorstandes wurde ausbezahlt an Sterbegeld 32,50 Pf., Krankenunterstützung 108 Pf., Weihnachtsunterstützung 184 Pf., Nachzahlung 35,10 Pf., insgesamt 2878,60 Pf., außerdem gingen in Bar an den Hauptvorstand 1247,49 Pf., zusammen 4126,50 Pf., aus der Lokalkasse wurden als Beitrag zur Weihnachtsunterstützung 300 Pf. bewilligt, so daß wir am Schluß dieses Jahres noch über einen Neffenbestand von 631,60 Pf. zu verfügen haben. Der Gauleiter Fürst in Straßburg gab sodann einen Heberblick über die gesamte Lage unserer Organisation nach anderthalbjährigem Kriege und ermahnte die Kollegen, in der Agitation nicht zu erlahmen. Einmütig wurden sodann die Kollegen Aug. Starcher als erster, W. Lang als 2. Vorsitzender, Josef Led als Kassierer, Josef Wagner als erster und A. Artmann als zweiter Schriftführer, A. Hauser als Bibliothekar und Josef Wimmer, A. Müger und E. Richter zu Berichtern, Herr Ringwald und Zeller zu Revisoren gewählt. Wichtig ist, daß von der Generalkommission herausgegebenes „Gewerkschaftliches Frauenjournal“ wurde beschlossen, den Mitgliedern, die für ihre Angehörigen die Zeitung bestellen wollen, die Hälfte des Abonnementsgeldes aus der Lokalkasse zu ersehen. Die verstorbenen Kollegen Johann Kratt und Franz Bogasch wurden in üblicher Weise geehrt. Mit einem Appell an die noch hier weilenden Kollegen, im Kampfe für die Organisation ihre Pflicht zu tun, fand die harmonisch verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

München. Die Generalversammlung am 21. Januar nahm den Jahresbericht des Vorsitzenden und den Neffenbericht zustimmend entgegen. Nach dem letzteren steht der Einnahme von 1377,94 Pf., eine Ausgabe von 300,44 Pf. in der Bilanz und von 126,18 Pf. für Rednung der Hauptkasse gegenüber, so daß ein Lokalkassenbestand von 742,32 Pf. verbleibt. Der Mitgliederbestand beziffert sich auf 61 Mitglieder (darunter 1 weibliches), im Neffenkonto befanden sich am Jahreschlusse 56 Kollegen. Bei der Vorstandswahl ergaben sich keine Schwierigkeiten; es wurden gewählt: Griebach und Vetter als Vorsitzende, Mansteuffel als Kassierer. Auch für die Köhnen des Schriftführers, der drei Revisoren, der Revisoren und des Kartelldelegierten fanden sich arbeitsfreudige Mitglieder. Mit lebhaftem Bedauern nahmen die Versammelten Kenntnis davon, daß der schon seit einiger Zeit der Erledigung harrende Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulage von der Tagesordnung der letzten Stadtratsordnungsitzung wieder abgesetzt worden war. Eine möglichst schleunige Erledigung der beschriebenen Forderung wurde in der anschließenden Debatte als dringende nötig bezeichnet. Der Bericht des Kartelldelegierten rief lebhaftes Interesse hervor. Nach einem Heberblick von Seiten des Kollegen Wucher über den Stand des Verbandes sowie die Mitarbeit der Generalkommission und der Gewerkschaften an der Arbeitslose- und Arbeitsbeschäftigungsfürsorge schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem eindringlichen Appell an die Selbstverantwortung der Kollegen und mit einem Hoch auf den Verband.

Leipzig. Die am 21. Januar abgehaltene Generalversammlung war leider nicht so besucht, wie es hätte erwartet werden können. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken von vier

... (Text continues from previous page) ... die Stadterhaltung unserer Eingabe nicht auf die Liste der ...

Magdeburg. Am 22. Januar 1916 lagte bei Meiner unsere Generalversammlung. Die Versammlung erbat das Andenken der auf dem Schlachtfeld gefallenen Kollegen Julius Ma in der höchsten Weise. Durch Kollege Meier wurde mitgeteilt, daß der Stadterhaltung durch die Arbeiterschaft ein Antrag über die Vergütung der Kriegesbeschädigten: kriegsbeschädigten Arbeiter sowie der Hinterbliebenen gestellt sei. Daraufhin in dem Magistrat beantwortet, daß diese Anfrage von der Stadtverwaltung im Auge behalten werden sollen. Ferner wurde darum eingewandt, daß sich der Stadtrat hiermit befassen wird und uns erst dann ein eingehender Bericht zugehen wird. Den Neffenbericht für das 1. Quartal 1915 erstattete Kollege Körner. Es war eine Einnahme von 5968,64 Pf. und eine Ausgabe von 10149 Pf. Mark zu verzeichnen. Hierunter wurden an die Hauptkasse 1172,25 Pf. abgeführt; weiter in der Bilanz ein Neffenbestand von 1781,41 Pf. Hieran erstattete Kollege Körner die Jahresabrechnung. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitz: Körner, 2. Vorsitz: Grünner, Kassierer: Meier, Schriftführer: Pfeifer, Neffenrevisor: Finor, Zähler: Auh und Steinbrecht. Die bisherigen 11 Kartelldelegierten wurden einstimmig wiedergewählt. Bericht wurden Meier, Krause, Köhler, Zähler und Strauß. Als Kartelldelegierte wurden gewählt: Pfeifer, Finor und Grünner. Von der Versammlung wurde gewünscht, daß den Arbeiterschaften demnächst anheimgestellt wird, entsprechend der längeren Dauer der Teuerung eine Verbesserung der bisherigen Teuerungszulage zu fordern. Der Kartellvorstand sowie der Arbeiterschaft wird sich hiermit in der nächsten Sitzung beschäftigen und dann an den Magistrat herantr. Mit dem Wunsch, auch in Zukunft eifrig für unseren Verband tätig zu sein, wurde die gut besuchte Versammlung gelöst.

Mainz. Im „Goldenen Pfing“ lagte am 16. Januar unsere Generalversammlung. Geordnet sind in diesem Quartal die Kollegen A. A. Berg und Jos. Wendt; als Kriegsoffer sind gefallen: P. Greifzu und A. Ernst. Die Ehrung erfolgte in der üblichen Weise. Sodann gab der Vorsitzende Kollege Klein einen Bericht des Vorstandes über das vergangene Jahr, woraus zu ersehen war, daß es uns viel Arbeit aber auch Erfolg brachte. In einer ganzen Reihe von Eingaben an die Bürgermeisterei wurden Hilfe Verheerungen verlangt, andererseits mußten auch Überwachungsregeln ergriffen werden. So lieferte die Stadtverwaltung an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer und den hiesigen Arbeiter Kartellstellen gegen rationelle Abzüge. Letztere mußten sich die Kartellstellen selbst nach Hause schaffen, wofür die Stadt einen Preis von 700 Pf. pro Doppelzimmer festsetzte. Auf eine Eingabe wurde der Preis auf 7,50 Pf. reduziert. Eine weitere Eingabe, die nach ihrer Erledigung harrt, befaßte sich mit der Teuerungszulage. Verlangt wird hier für alle hiesigen Arbeiter bis zu einem Entlohnung von 2200 Pf. eine höhere Zulage von 3 Pf. Weniger man, daß unsere letzte Teuerungszulage minimal ausfiel (eine ganze Anzahl von Arbeitern ging daher leer aus, so erhielten Ledige, Witwen ohne Kinder keine solche mit einem Entlohnung über 1500 Pf. nicht), die Lebenshaltung seitdem zum enormen gestiegen ist. Obwohl sehr unzureichend, hoffen wir, daß die Stadterhaltung unsere Eingabe nicht auf die Liste der

... (text continues) ...

Zuidan. Hierauf Gewerkschaftswahl vom 23. Januar in Holland. "Hollandische" wird gewählt. Der Vorsitzende ... (text continues) ...

Aus den deutschen Gewerkschaften

Die Arbeitersekretariate im Jahre 1914. In der Nr. 51 des „Correspondenzblattes“ werden die Erhebungen über die Arbeitersekretariate im Jahre 1914 veröffentlicht. Die Einwirkungen des Krieges machen sich auch bei dieser Erhebung geltend, obwohl nur 5 Kriegsmonate neben 7 Friedensmonaten in Betracht kommen. Die Zahl der Sekretariate ist nicht kleiner geworden, es wurden im Gegensatz im Jahre 1914 9 Sekretariate neu errichtet, fast alles Bezirkssekretariate, deren Errichtung zu einer Notwendigkeit dadurch wird, daß in vielen Fällen jetzt der Meistens nicht mehr zulässig ist. Die Gewerkschaften entscheiden endgültig, und dies macht mündliche Vertretung vor ihnen erwünscht. Es sind jedoch auch einige Sekretariate so vom Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden, daß sie entweder eingegangen sind, oder daß sie keinen Bericht geben konnten. Es beträgt deshalb die Zahl der berichtenden Sekretariate 107 gegen 129 im Jahre 1913. Die Gesamtzahl der Ausnahmestunden 91 gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen. Sie beträgt 647.461 gegen 683.800. Die Ausnahmestunden haben sich demnach um 36.129 verringert. Wie sehr hier der Krieg eingewirkt hat, geht daraus hervor, daß die Zahl der männlichen Besucher um 73.067 sank, während die der weiblichen Besucher um 32.911 stieg. Dies zeigt, daß in außerordentlich vielen Fällen an Stelle der erwerbenden Männer deren weibliche Angehörige das Sekretariat aufsuchten. Wie es in der Natur der Sache liegt, stellten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Mehrzahl der Besucher, 450.724 oder 67,97 Proz. Auskünfte sind im ganzen 192.500 erteilt worden. Sie haben sich um 33.502 verringert. Hinsichtlich verteilt sich diese Verringerung nicht auf alle Gebiete der Ausnahmestunden. Auf manchen sind sie sogar erheblich gestiegen. So megen z. B. die Auskünfte über das Mittelrheingebiet von 8143 im Jahre 1913 auf 21.151, wobei noch nicht einmal die Auskünfte eingerechnet worden sind, die bedingt waren durch die vielen Anträge unter der Internierung der Familien der Kriegsteilnehmer, die nicht weniger als 18.000 Auskünfte notwendig machten, so daß im all genommen die Auskünfte, die das Mittelrheingebiet mit sich brachte, sich um 34.088 vermehrten. Auch auf dem Gebiete der Arbeitervereine...

... (text continues) ...

Rundschau

Unserm Zeitalter, als dessen markantestes Merkmal die Zusammenstellung des Großkapitals anzuprechen ist, mangelt es an überragenden Persönlichkeiten, an Charakteren, deren Willensrichtung unabhängig und ausschließlich von den Gesetzen der sozialen Ethik beeinflusst wird. Die Schäden der Großindustrie ließen ein Geschlecht reifen, dessen Lebensbedingungen ohne Hebertrettenna einen gewissen Vergleich mit dem Stagnentum und der Sörität der vergangener Epochen zulassen. Als natürliche Reaktion entstanden so die Mutationen der Arbeiter, denen reichlich viel später die Gewerkschaften der Angestellten folgten. Beide stellen Kampforganisationen dar, deren Grundziel lautet: die Befreiung der Arbeiter und somit der arbeitenden Massen überhaupt von Ausbeutungen und Mißständen, die freier Menschen unwürdig sind. Die unaufrichtige Entwicklung alles Lebens schaffte auf diese Weise, gewissermaßen als natürlichen Auslaich, eine Kraft, die vermöge der ihr innewohnenden Ideen verfuhr in der Welt jene Stimme von Charakteren zu schenken, deren sie zur Höherentwicklung und Hervollkommenung ihrer gesamten lebenatmenden Bevölkerung bedarf. So lösten die Gewerkschaften nicht nur der Nation und dem gesamten sozialen Leben Pionierdienste von eminenter Bedeutung, sondern sie bringen auch dem Einzelnen ein tiefes Gefühl innerer Befriedigung, persönlichen Stolzes und fruchtbarer Glücks, welches ihm vorher fremd war. Daß die den Gewerkschaften in geschlossener Phalanx gegenüberstehenden Vereinigungen der bestehenden Massen, namentlich aber der Arbeitgeber die Ziele und Ideale der Gewerkschaften als Utopien, als Auswüchse einer phantasiehaften Lehre, die in den armen Köpfen einer irregulierten Horde spuken, mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln theoretischer und praktischer Natur bekämpfen, kann und wird jedoch die organisierten Arbeiter und Angestellten nicht hindern, den einmal als richtig erkannten Weg einzuschlagen und auch ihrerseits kein Opfer zu scheuen, um ihrem Ziele näherzukommen. Nicht allein wegen materieller Vorteile, sondern von dem hohen und edlen Gedanken besetzt, in ihren Organisationen Arbeit zu leisten, die Civilisierte beugt und welche sich immer in Naturfaktoren, die einem unendlich schönen Ausblick in die Zukunft verheißen. Menschen werden, doch ihre Ideen leben immervort, und das Licht, das sie hochbelebten Hauptes einer künftigen Zeit vorantrugen, erlischt nimmermehr. Die Lösung heißt also: Schafft und erzieht Charakter! Zunächst in Euren Minderen und dann in den gewerkschaftlichen Berufsorganisationen. Galtet vor Augen, daß ein Stillstand in der Weltgeschichte immer Hand in Hand ging mit dem Mangel an willenskräftigen, organisierten

Voranschleiden, wenn man sich in eine Richtung bewegt, so...

Dr. Siegfried Müller, „Aktionen“ Nr. 11.

Unsere Verbands-Anstellungen im Felde. Lorenz aus Weiden...
Lorenz aus Weiden, geboren am 1. August 1896, war in der Zeit...

Landsturm.

Sie wissen tiefer als die Jungmannschaften, Wofür sie stehen; sie haben Weib und Kind...

Sans Redits im „Zentralblatt“

Verbandszeit

Bekanntmachung des Vorstandes.

In der Gesamtsitzung der Verbandsversammlung am 27. November...

Eingegangene Schriften und Bücher

„Mozart“, Handwörter für Naturkunde, herausgegeben vom...

Zwei Heftes Buch über die Ostfront erkundet jedoch „Nach Osten“...

Bulgarien und die Bulgaren. Von Dr. Emil Alexius. Mit zahl...

Totenliste des Verbandes.

- Wilh. Bentler, Freiburg i. B.
Karl Herm. Strubert, Leipzig
Bernhard Lenk, Zwickau
Richard Weber, Heilbronn
Wilhelm Müller, Kassel
Th. Winkelmann, G. Altona
Karl Strefe, Berlin
Gornshlegel, Erlangen
Lalleger, Erlangen



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Karl Frnk, Mainz
Emil Müller, Köln
Karl Fik, Wiesbaden
Johann Josef Nikolai, Köln
Th. Gerlach, Frankfurt a. M.
Philipp Schneller, Darmstadt
Albert Hein, Lübeck
Johann Sindt, Lübeck
Friedrich Kamade, Kirchheim
Friedr. Oskar Wehlig, Leipzig

Chre ihrem Andenken!